



Anhang zum Bericht aus Berlin Nr. 34, 12.02.2008

Redemanuskript für die 2. Norddeutsche Sozialwirtschaftsmesse an der FH Kiel am 08.10.2007 - Ansprechpartner: Prof. Dr. Volker Brinkmann

Themenabriss: Soziale Dienste und öffentliche Haushaltssituation

„Wie viel Solidarität können wir uns leisten? – Plädoyer für einen starken Staat und nachhaltige Haushaltspolitik“



Ich bin als Mitglied des Deutschen Bundestages im Haushaltsausschuss und damit als Finanzexpertin um dieses Referat gebeten worden. **„Wie viel Solidarität können wir uns leisten?“** – da muss ich die Lage der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen betrachten und analysieren, den Schuldenstand, die Prognosen für zwingende Ausgabensteigerungen in der Zukunft und antworten: bei den jetzigen Rahmenbedingungen nicht sehr viel – für meinen Geschmack zu wenig!

Die Frage an die Politik muss aber vielmehr lauten: **„Wie viel Solidarität WOLLEN wir uns leisten?“** Und da diese Frage an die Politik immer zwingend etwas mit politischen MEHRHEITEN zu tun hat, ist es in Wahrheit eine Frage an unsere Gesellschaft insgesamt. Gute, nachhaltige Politik muss sich stets orientieren an Werten, die in unserer Gesellschaft gelten sollen. Im Einklang mit diesen Werten muss die Politik Visionen und Ziele entwickeln und notwendige Schritte beschreiben, sie zu erreichen. Wenn dabei die Qualität von Sonntagsreden überschritten werden soll, muss die Haushalts- und Finanzpolitik in Bund, Ländern und Kommunen dabei als wichtigste Rahmenbedingung eine Hauptrolle spielen. Denn nur ein finanzstarker Staat kann ein solidarischer, handlungsfähiger Staat sein. Nur finanzielle Handlungsspielräume ermöglichen der Politik soziale Gestaltungsmöglichkeiten und können einen Sozialstaat gewährleisten.

Darum ist die Grundvoraussetzung von Solidarität in der Gesellschaft ein positives Verständnis der Menschen zu einem starken Staat.

An genau diesem Bekenntnis hapert es aber in der deutschen Gesellschaft. Unter dem Einfluss einer neoliberalen Wirtschaftslehre wurde der Staat über ein Jahrzehnt überwiegend schlecht geredet und vor allem mit überbordender Bürokratie in Verbindung gebracht. Bei jedem Wahlkampf wurde den Menschen eingeredet, die Steuern seien zu hoch und der Staat quasi ein Monster, das ihr Geld verschlingt. Es wurde zu wenig über die Leistungen gesprochen, die der Staat für die Menschen nur dann in gewohnter Qualität und Umfang erbringen kann, wenn er auch die Einnahmen auf Dauer dafür hat. Deutschland liegt mit seiner Steuer- und Gesamtabgabenbelastung in Wahrheit unterhalb des europäischen Durchschnitts, auch die Belastung von Vermögen und Gewinnen von Kapitalgesellschaften ist tatsächlich unterdurchschnittlich. Deutschlands öffentliche Haushalte haben damit bis zu 100 Mrd. Euro jährlich weniger zur Verfügung als Staaten mit höherer Steuer- und Abgabenquoten, welche dieses zusätzliche Geld vor allem für Bildung, Forschung und soziale Zwecke ausgeben – und ihre Verschuldung senken. Fakt ist: Die skandinavischen Länder erwarten deutlich höhere Beiträge ihrer Bürger an das Staatswesen – das Fundament ihrer Steuerpolitik ist der Wert der Solidarität. Wenn wir uns bei den Bildungs-, Forschungs- und Sozialausgaben an ihrem Niveau orientieren wollen, dann brauchen wir auch in Deutschland höhere Steuern und politische Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat, um diese zu beschließen. In den skandinavischen Ländern gibt es eine gesellschaftliche Übereinkunft unabhängig von der Parteipolitik, die JA zu hohen Steuern und JA zu den dadurch ermöglichten Leistungen für Jung und Alt sagt. Fakt ist auch: in den traditionell angelsächsisch geprägten Ländern ist das genaue Gegenteil der Fall. Das Fundament ihrer Steuerpolitik ist nicht die Solidarität, sondern die Freiheit des Individuums und des Marktes – insofern kommt ein solcher Staat mit geringeren Steuer- und Abgabenquoten aus. Im Ergebnis finden wir in Amerika und Großbritannien ein öffentliches Gesundheitswesen und Rentensystem auf Dumpingniveau, das mit dem traditionell in Deutschland gewachsenen Sozialsystem qualitativ nichts zu tun hat. Bildung und Forschung sind vor allem dort hochklassig, wo sie privat finanziert werden. Ein Vorbild für Deutschland? Aus meiner Sicht nicht.

Denn wir leben in der Tradition der Sozialstaatlichkeit, der organisierten Solidarität. Der Sozialstaat ist die große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts und im „Alten Europa“ mit der Entwicklung und Verfestigung demokratischer Strukturen eng verwoben. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden nicht trotz – sondern wegen des Sozialstaats möglich. Wer diese Tradition fortsetzen will, muss auch künftig die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen an Bildung und allen Bereichen der Daseinsfürsorge sichern, muss Chancengerechtigkeit herstellen, und sich zur Verteilung gesellschaftlichen Wohlstandes bekennen.

Der Staat kann aber nur dann dieser Aufgabe – Kompensation zu organisieren – gerecht werden, wenn er über die Mittel verfügt, dieses zu tun. Und in einem demokratischen Staat gelingt das nur, wenn die Gesellschaft sich mehrheitlich auf den Konsens verständigt hat, dass starke Schultern mehr als schwache tragen sollen, dass jeder seinen Beitrag leistet und dass Steuerhinterziehung ebenso wie Falschangaben beim ungerechtfertigten Bezug von Sozialtransferleistungen keine Kavaliersdelikte sind. Der Staat ist weder ein Moloch noch ein Selbstbedienungsladen – sondern der Garant für den sozialen Frieden in unserem Land. Erhalten können wir ihn nur, wenn er uns etwas wert ist.

Die gesellschaftliche **Schlüsselfrage** „**Wie viel Staat wollen wir uns leisten?**“ ist in Deutschland noch nicht abschließend beantwortet. Leider gaukeln Politik und Medien den Bürgern zu oft vor, wir könnten uns an dem solidarischen Gesellschaftsmodell der Skandinavier orientieren und es mit den Steuern- und Abgabequoten aus den angelsächsischen Ländern finanzieren. Eigentlich muss jeder sofort erkennen, dass das nicht funktionieren kann. Aber eigentlich hätte auch jeder wissen können, dass man „blühende Landschaften in den östlichen Bundesländern“ in den 90er Jahren nicht „aus der Portokasse“ finanzieren konnte. Es fehlte damals der Mut, offen mit den Menschen über die Kosten, die Finanzierungsdauer von mindestens 20 bis 30 Jahren und über die gerechte Verteilung der Lasten zu sprechen. Und weil der Mut bei Politik, Medien und Wissenschaft fehlte über diese unbequemen Wahrheiten zu sprechen, konnte es auch keine gesellschaftliche Übereinkunft für notwendige Reformen geben und folglich kamen falsche politische Weichenstellung mit langfristig fatalen Folgen im Ergebnis heraus. Während unsere europäischen Nachbarn Anfang der 90er Jahre umfangreiche Reformen in ihren Sozialsystemen und am Arbeitsmarkt gerade unter dem Aspekt des demographischen Wandels der Gesellschaft durchführten und Renten- und Pensionskassen ENTlasteten, geschah in Deutschland das genaue Gegenteil: die Finanzierung der Deutschen Einheit BELastete die Sozialkassen, türmte weitere Schulden in gewaltigem Umfang und damit Zinslasten für künftige Generationen in unverantwortlicher Weise auf. Der Reformdruck in Deutschland ist dadurch noch höher geworden als bei unseren Nachbarn – zumal diese Reformen 2003 in Deutschland zehn Jahre zu spät angepackt wurden. Diese Reformen haben u.a. zum Ziel WENIGER Geld auszugeben – ein richtiges Ziel, wenn man den Schuldenberg nicht zu Lasten künftiger Generationen unverantwortlich erhöhen will. Allerdings kann man durch die bisher durchgeführten Reformen den Schuldenanstieg nicht stoppen – oder gar den bereits aufgetürmten Schuldenberg abbauen ... man kann nur den Anstieg verlangsamen.

Um Ihnen dieses plastisch vor Augen zu führen, muss ich Sie jetzt mit den beiden größten Ausgabeblöcken unseres Bundeshaushaltes konfrontieren: An Zuschüssen für die **Rentenkassen, für Pensionszahlungen und Zinsen** geben wir aktuell ca. 130 Mrd. Euro jährlich in Deutschland aus – über 46 Prozent unseres Gesamtetats von aktuell 283 Mrd. Euro. In Bezug auf diese Ausgaben gibt es eine gesicherte Prognose, für die man weder Hellseher noch Mathematiker sein muss: sie steigen Jahr für Jahr. Die Gründe dafür sind leicht nachvollziehbar.

Die frohe Botschaft ist: wir werden immer älter – unser Gewinn an Lebensalter steigt erheblich schneller als die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre binnen 2 Jahrzehnten uns glauben machen will. Während 1960 die Rentenbezugsdauer bei durchschnittlich 9,9 Jahren lag und 2004 bei 16,9, wird sie sich 2030 bereits mit 19,8 Jahren gegenüber 1960 verdoppelt haben. Wenn aber jeder Mensch im Schnitt 10 Jahre länger Rente bezieht und damit sein Rentenaufkommen verdoppelt - woher soll das Geld kommen, wenn gleichzeitig immer weniger junge Menschen in die Rentenkasse einzahlen? Die meisten Rentner glauben, dass sie mit der Rente zurück erhalten, was sie selbst an Beiträgen eingezahlt haben – das ist aber schon lange ein Trugschluss. Jeder Renteneuro besteht heute zu ca. einem Drittel aus Steuergeldern: insgesamt 78 Mrd. Euro sind es im Bundeshaushalt 2008. 1998 musste der Bund dafür übrigens „nur“ 51,4 Mrd. Euro ausgeben – 1991 knapp 30 Mrd. Mit den Reformen ab 2003 wurden auch bei den Rentnern Einschnitte gemacht – der Unmut darüber wächst. Dennoch konnte die aufgezeigte Kostenexplosion nur verlangsamt, nicht aber gestoppt werden. Dieser Anstieg der Rentenzuschüsse um

26,5 Mrd. Euro jährlich binnen 10 Jahren entspricht fast dem Dreifachen der Gesamtausgaben des Bundes für Bildung- und Forschung bzw. dem gut Vierfachen des Ressorts für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Und was für die Rente gilt, ist bei den Pensionslasten noch viel dramatischer – sie explodieren in den nächsten zwei Jahrzehnten vorhersehbar. Kein Politiker kann diese Entwicklung aber mehr verhindern, denn die Rechtsansprüche an den Staat haben sich die Beamten seit Jahrzehnten erworben. Zwar haben Bund und Länder in den letzten Jahren begonnen Versorgungsfonds aufzubauen und die Frühverrentung zu stoppen – aber viel zu spät. Und wer bezahlt bei mangelnder finanzieller Vorsorge? **Neue Schulden?**

Seit 1969 hat es in der Bundesrepublik keinen einzigen Haushaltsplan im Bund gegeben, wo der Staat nicht MEHR Geld ausgegeben als eingenommen hätte ... 40 Jahre lang wurden im Bund, in den Ländern, den Kommunen und Sozialkassen Jahr für Jahr Schulden gemacht: über 1,5 Billionen Euro insgesamt – 1.500.000.000.000 Euro! Am stärksten schoss die Verschuldungskurve von 1989 bis 1997 in die Höhe – die falsch finanzierte Deutsche Einheit und fehlende Reformen waren die Ursache. Allein für die 917 Millionen Euro, die der Bund aufgenommen hat, zahlen wir 2008 43 Mrd. (!) Euro Zinsen – vor wenigen Jahren waren es noch 39 Mrd. Euro – da profitierten wir vom niedrigen Zinsniveau. Und mit dieser gewaltigen Summe – ein Siebtel des gesamten Bundeshaushaltes! – haben wir noch keinen einzigen Euro der Schulden getilgt. Vor allem aber: diese 43 Mrd. Euro fehlen uns für Zukunftsinvestitionen wie Bildung und Forschung, für Chancengleichheit von Kindern und ihren Familien, für gesellschaftliche Präventionsprojekte – **wie viel Solidarität können wir uns (dann noch) leisten? Und wie ehrlich gehen Politik und informierte Öffentlichkeit mit der Tatsache um, dass unsere öffentlichen Kassen in Wahrheit strukturell derartig unterfinanziert sind?**

Sie gehen gar nicht ehrlich damit um. Und die Medien tragen ihren Teil zur unkritischen Meinungsbildung bei, weil Ausgaben zu senken und damit Leistungen für Bürgerinnen und Bürger zu kürzen ebenso unpopulär ist wie Steuern und Abgaben zu erhöhen. Zwei aktuelle Beispiele:

Die **Bundesagentur für Arbeit** hat in den letzten 20 Jahren kontinuierlich über Steuern finanzierte Zuschüsse des Bundes erhalten, weil das Aufkommen aus der Arbeitslosenversicherung nicht reichte, um die beschlossenen Leistungen für Arbeitslose zu erbringen – 64 Mrd. Euro seit 1991, allein von 2002 bis 2004 in Zeiten schlechter Konjunktur und hoher Arbeitslosenzahlen 17,2 Mrd. Euro. Inzwischen haben die unpopulären Arbeitsmarktreformen Wirkung gezeigt – zurzeit „brummt“ die Wirtschaft, über 1 Million Menschen konnten seitdem in Arbeit vermittelt werden, zahlen Steuern und Abgaben und die Bundesagentur könnte in diesem Jahr ein dickes Plus von ca. 18 Mrd. Euro erzielen. Ein gutes Polster für den Fall, dass der Konjunkturmotor zu stottern beginnt – sollte man meinen. Doch stattdessen entfachen die Medien und interessierte Kreise die Diskussion, dass diese Gelder doch den Beitragszahlern zurück gegeben werden müssen – und die Politik gibt dem Druck der öffentlichen Debatte nach und senkt den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3 Prozent, nachdem er erst im Jahr zuvor von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt worden war. Natürlich sind Beitragssenkungen etwas Schönes – aber angesichts von über 3 Millionen Arbeitslosen, von jungen Menschen ohne Qualifizierung und einem sich anbahnenden Fachkräftemangel hätte man vielleicht doch eher in diese Aufgabenbereiche investieren oder einen „Notgroschen“ für schlechtere Zeiten anlegen sollen.

Beispiel **Gesundheitspolitik**: Die explodierenden Kosten im Gesundheitswesen sind ein Dauerthema und werden es absehbar bleiben – denn neben zu teuren Medikamenten, unwirtschaftlicher Arbeit von 250 Krankenkassen, nicht transparenten Abrechnungen und Mehrfachuntersuchen sowie Krankenhäusern mit modernster Apparatedizin ist der Hauptgrund für diese Kostensteigerungen, dass wir alle immer älter werden – die höchsten Gesundheitskosten werden nämlich in den letzten drei Lebensjahren eines Menschen „fällig“. An diesen Kostensteigerungen wird eine älter werdende Gesellschaft, die einen Lebensabend in Würde ermöglichen will und als Wert anerkennt, also nicht vorbei kommen. Zusammen mit der langfristig ebenfalls **unterfinanzierten Pflegeversicherung** ist dieses der Kernbereich einer solidarischen Gesellschaft – ohne Einsparpotenzial. Klar ist, dass die hierfür erforderlichen Mittel nur über Steuern und nicht allein über Beiträge zu den Kranken- und Pflegekassen ausreichend erbracht werden können – sonst würde die arbeitende Bevölkerung allein „die Zeche zahlen“. Und wo führen wir in Deutschland die notwendige Debatte zu diesem Thema? 2007 hat die Große Koalition zwar eine Gesundheitsreform beschlossen, die mit einem jährlich um 1,5 Mrd. Euro ansteigenden Steuerzuschuss finanziert werden soll. Aber sie hat sich um die unangenehme Antwort auf die Frage gedrückt, wo diese zusätzlichen Steuereinnahmen eigentlich her kommen sollen – denn im Wahljahr 2009 wird man die dann fälligen 4 Mrd. Euro wohl noch bei guter Konjunktur darstellen können. Im Wahlkampf wird manche Partei dann wahrscheinlich wieder von Steuersenkungen reden ... anstatt den Menschen zu sagen, dass schon die bereits beschlossene Gesundheitsreform Steuerzuschüsse bis 2012 von dann aufsummiert 25 Mrd. Euro verursacht, bis 2017 wird sich dieser Zuschussbedarf auf 90 Mrd. Euro aufgetürmt haben. Allein dafür wird die Politik ohne Frage eine neue Steuerquelle benennen müssen – denn diese Last kann man nun wirklich nicht auch noch der jungen Generation zumuten.

Fazit: Wer erzählt, man könne durch Sparen, Streichen und Reformen die Staatsausgaben in Deutschland so begrenzen, dass unsere jetzige Steuer- und Abgabenquote dauerhaft auskömmlich wäre oder sogar gesenkt werden könne, der täuscht die Menschen ... oder strebt den Abschied vom Sozialstaat, die Aufgabe staatlicher Solidarität und eine Gesellschaft nach angloamerikanischem Vorbild an. Die Wahrheit ist: die jetzt schon gesetzlich fest stehenden Ausgaben steigen aufgrund der demografischen Entwicklung schneller als die Einnahmen je wachsen können – und das nimmt uns die Chance für Kinder und Familien, für Betreuung und Bildung, für Forschung und Entwicklung die Gelder bereit zu stellen, die für eine erfolgreiche Zukunft nötig wären. Deutschland ist schon heute ein äußerst schlanker Staat – aber wer ihn verhungern lassen will, der ebnet der Entsolidarisierung den Weg. Die Verlierer wären vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Arbeitslose, Geringverdiener und Migranten. Der soziale Friede geriete in Gefahr – denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Wer das nicht will, der muss den Staat gegen diese Kräfte verteidigen und stärken. Und in der Demokratie funktioniert das nun einmal nur über gesellschaftliche Mehrheiten auf allen politischen Ebenen. In den letzten Jahrzehnten haben Bund, Länder und Kommunen aus Finanznot einen Großteil ihres Vermögens veräußert – das Tafelsilber ist in weiten Teilen weg. Streckenweise wurde diese Privatisierungswelle von der Melodie begleitet, dass Private angeblich ohnehin alles effektiver organisieren können als die öffentliche Hand – was nur selten stimmt. Es gibt Bereiche, die der Markt nicht zweckmäßig regeln kann. Unsere Gesellschaft

benötigt eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten. Kurzfristiges rein renditeorientiertes Handeln in diesen Bereichen kann langfristige fatale Folgen für alle haben. Wir brauchen einen werteorientierten Bewusstseinswandel und wieder einen Bekennermut zu einem handlungsfähigen, (finanz-)starken Staat. Wenn wir als Gesellschaft beides NICHT schaffen, dann wird die Politik es trotz aller Erkenntnis auch nicht schaffen – weil sie in Demokratien stets ein Spiegelbild der Gesellschaft ist.

„Wie viel Solidarität wollen wir uns leisten?“ - Vergessen wir vor allem nicht die Frage zu klären: „Solidarität – mit wem?“ Ich habe meine Beispiele für notwendiges staatliches Handeln bewusst auf Deutschland bezogen – in Wahrheit wird es noch viel komplizierter, wenn wir die erforderliche weltweite Solidarität und das globale Nord-Süd-Gefälle in den Blick nehmen, die dramatischen Folgen der Erwärmung des Weltklimas, Hunger und Verelendung, Kriege, Flucht und Terror. Auch in diesem Bereich sind Bewusstseinswandel und Bekennermut erforderlich – und Geld.

Soziale Gerechtigkeit – darunter verstanden die Menschen eigentlich immer vor allem Verteilungsgerechtigkeit in der Gegenwart. Aber angesichts unserer aktuellen Situation ist das längst zu kurz gegriffen: Soziale Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn die staatlichen Maßnahmen dazu auch solidarisch mit der künftigen Generation sind. Der Staat darf nur ausgeben, was er vorher eingenommen und erwirtschaftet hat – er darf nach 40 Jahren hemmungsloser Verschuldung nicht länger „über seine Verhältnisse leben“ – Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die Maßstäbe, an denen sich ein solidarisches staatliches Handeln orientieren muss.

Wie viel Solidarität können wir uns leisten? Da man jeden Euro nur ein Mal ausgeben kann, wiederhole ich meine Antwort: bei den jetzigen Rahmenbedingungen nicht sehr viel – für meinen Geschmack zu wenig!

Anstieg des Schuldenberges - Zinslast heute: 15% des Gesamthaushalts

